



Abschlussbericht
Ressortübergreifendes Landesprojekt
„Mehr Schutz und Sicherheit
von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“

Februar 2022

Inhalt

1 Ausgangslage	3
2 Auftrag	4
3 Organisation	5
4 Vorgehen	6
4.1 Allgemeines	6
4.2 Ziele	7
4.3 Präventionsnetzwerk	8
4.4 Präventionsleitfaden	8
4.5 Internetpräsenz	8
4.6 Forschung	9
4.7 Beteiligung AMBOSafe	9
5 Ergebnisse	10
5.1 Allgemeines	10
5.2 Präventionsnetzwerk	10
5.3 Präventionsleitfaden	11
5.4 Internetpräsenz	11
5.5 Forschungsbericht	12
5.6 Beteiligung AMBOSafe	12
6 Sachstand	13
7 Weiteres Vorgehen	14
8 Handlungsempfehlungen	15
9 Anlagen	16

1 AUSGANGSLAGE

Respektlosigkeit und Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst stehen seit Jahren im Blickpunkt. Es kommt zu Beleidigungen, Bedrohungen und auch zu körperlichen Übergriffen. Neben stark betroffenen Einsatzkräften müssen auch Beschäftigte in publikumsnahen Bereichen verschiedenster Behörden zunehmend mit gefährlichen Situationen umgehen. Die Erfahrungen und der Umgang mit diesen Problemlagen sind, ebenso wie die jeweils vorhandenen Präventionsansätze, in den einzelnen Dienststellen und Behörden unterschiedlich. Jedoch sind bereits vielfältige Initiativen und Kampagnen sowie Präventions- und Handlungsempfehlungen entwickelt worden, um für das Thema zu sensibilisieren und Bedienstete besser zu schützen. Die landeszentrale Kampagne „*NRW zeigt Respekt*“ adressiert Einsatz- und Rettungskräfte, weitere Ansätze betreffen auch Beschäftigte in publikumsnahen Behördenbereichen oder Bildungseinrichtungen. Daneben werden bereichsübergreifend verschiedene themenbezogene Forschungsprojekte durchgeführt.

Auf Initiative der Politik ist mit Änderungsantrag zum Einzelplan 03 im Haushaltsplan 2021 der Baransatz im Titel 54710 „Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben“ um 200.000 € für die Jahre 2021 und 2022 erhöht worden. Die damit verbundene Verdoppelung der bisherigen Mittel für die Kampagne „*NRW zeigt Respekt*“ ist an eine Kampagnen-Erweiterung geknüpft; insbesondere soll ein Leitfaden gegen Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst erstellt werden. Die Aufgabe ist der Abteilung 4 des IM NRW zugewiesen. Parallel dazu beteiligt sich die Polizei NRW auf Anfrage des Landes Hessen am Forschungsprojekt „Angriffe auf Mitarbeiter*innen und Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (AMBOSafe)“. Projektpartner sind das Bayerische Rote Kreuz, die Kriminologische Zentralstelle und die Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit. Das Projekt wird bis 2022 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Mit Beschluss des Kabinetts vom 08.06.2021, eine NRW-Initiative „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ zu etablieren, wurde das IM NRW zur Umsetzung mit der Einrichtung einer themenbezogenen interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“) beauftragt. In der IMAG sind die Staatskanzlei und alle Ressorts vertreten.

2 AUFTRAG

Zur Umsetzung der NRW-Initiative hat die IMAG das Innenressort mit der Einrichtung einer ressortübergreifenden Projektgruppe beauftragt. Das Projekt „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ wurde mit Erlass vom 14.07.2021 beauftragt und die Leitung Herrn Polizeioberrat Andre Niewöhner vom Polizeipräsidium Münster übertragen.

Gemäß Projektauftrag vom 25.08.2021 sollten Themen und Aspekte für mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst ressortübergreifend behandelt werden. In den drei Teilprojekten Netzwerk/Kommunikation, Prävention und Forschung sollten bis Ende des Jahres 2021

- ein landesweites Netzwerk initiiert,
- die Ergebnisse vorhandener Präventionsansätze in einem bereichsübergreifenden Leitfaden zusammengetragen und
- aktuelle Forschungsansätze zum Thema berücksichtigt werden.

Das Ziel besteht in einem erhöhten Bewusstsein für die Problemstellung, in einer verbesserten Erkenntnislage zum Phänomen sowie einer besseren Bekanntheit bereits vorhandener Präventionsmaßnahmen und Hilfestellungen für Beschäftigte. Mit Blick auf den unterschiedlichen Umgang mit Gewalterfahrungen in den Behörden und Dienststellen soll für die Problematik sensibilisiert werden. Handlungsempfehlungen, „best practice“ und organisatorische Lösungsansätze einschließlich verbesserter interner Kommunikation und Routine in der Verfolgung sollen helfen, Beschäftigte besser zu schützen.

Für eine erfolgreiche Umsetzung des Projekts war es erfolgskritisch, dass sich möglichst viele Ressorts an der Erarbeitung der Zielsetzungen beteiligen. Nur so können unterschiedliche Problemstellungen und Erfahrungen zusammengetragen und berücksichtigt werden. Zugleich ist damit der Grundstein für den Austausch von „best practice“ und eine verbesserte Kommunikation gelegt. Zudem ist dies hinsichtlich der angestrebten ressortübergreifenden Akzeptanz der Handlungsansätze von immenser Bedeutung. Die Umsetzung sollte in Abstimmung mit Berufs- und Personalvertretungen erfolgen, die bereits Informationskampagnen in diesem Kontext initiiert haben.

3 ORGANISATION

Der Auftrag ist in den drei Teilprojekten Netzwerk/Kommunikation, Prävention und Forschung umgesetzt worden. Das Personal des Projektes hat sich im Rahmen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit aus unterschiedlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Verbänden und Berufsvertretungen zusammengesetzt (im Nebenamt). Die Schlüsselfunktionen waren wie folgt besetzt:

Aufgabe	Name	Dienststelle
Projektleitung	<i>POR Andre Niewöhner</i>	PP Münster
Führungsassistenz	<i>POK Jan Nordhoff</i>	LAFP NRW
Führungsassistenz ab 01.12.21	<i>PHK Sven Pauker</i>	LR Steinfurt
Geschäftsführung/Stellvertretung	<i>PORin Alice Treusacher</i>	LAFP NRW
Geschäftsführung ab 11.10.2021	<i>PORin Silke Grundmann</i>	LAFP NRW
Geschäftsführung	<i>PHK Sebastian Lorenz</i>	LAFP NRW
Geschäftsführung	<i>RA Matthias Deppermann</i>	LAFP NRW
Teilprojektleitung Netzwerk/Kommunikation	<i>Bürgermeister Ansgar Mertens</i>	Stadt Lüdinghausen
Geschäftsführung Teilprojekt Netzwerk/Kommunikation	<i>POKin Vanessa Artt</i>	PP Münster
Geschäftsführung Teilprojekt Netzwerk/Kommunikation	<i>PHK Ralf Hövelmann</i>	LAFP NRW
Teilprojektleitung Prävention	<i>KORin Kira Boden</i>	PP Köln
Geschäftsführung Teilprojekt Prävention	<i>KHK Stefan Halbe</i>	PP Köln
Teilprojektleitung Forschung	<i>Prof. Dr. Vanessa Salzman</i>	HSPV NRW
Geschäftsführung Teilprojekt Forschung	<i>Dr. Claudia Kaup</i>	HSPV NRW
Geschäftsführung Teilprojekt Forschung	<i>Oliver Schemmer</i>	PP Wuppertal

Dem aufwachsenden Charakter des Projekts folgend wurden in Abstimmung mit dem Auftraggeber fortlaufend weitere Mitwirkende benannt. Gemäß Beschluss der IMAG entsandten die Ressorts Projekt-Teilnehmende nach eigener Bewertung. Insgesamt waren 70 Mitarbeitende aus 40 Behörden, Einrichtungen, Organisationen und Verbänden im übergreifenden Landesprojekt beteiligt. Eingeladen zur Mitarbeit im Projekt waren stellvertretend für die Personalvertretungen der Polizei-Hauptpersonalrat, die Vertreterin der Gleichstellungsbeauftragten für den Geschäftsbereich der Polizei sowie die Hauptschwerbehindertenvertretung im Bereich Polizei, die sich beteiligte.

Darüber hinaus erfolgten anlassbezogene Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit der Erstellung des Leitfadens sowie der Einrichtung einer Internetpräsenz.

4 VORGEHEN

4.1 Allgemeines

Für die Projektarbeit bestanden erhebliche zeitliche Risiken im Zusammenhang mit der kurzen Projektlaufzeit. Dies betraf insbesondere die Erstellung des Leitfadens und der Internetseite. Die für das Haushaltsjahr 2021 beabsichtigte Mittelverausgabung erforderte eine sehr stringente Meilensteinplanung. Beispielsweise war Redaktionsschluss des Leitfadens nur elf Wochen nach Projektstart.

Das Landesprojekt tagte nach einer gemeinsamen Auftaktveranstaltung am 23.08.2021 im Zeitraum August bis Dezember 2021 auf Leitungsebene wöchentlich per Videokonferenz sowie anlassbezogen. Am 19.11.2021 fand eine weitere gemeinsame Online-Projektveranstaltung statt. Darüber hinaus wurden schriftliche Umlaufverfahren durchgeführt. Die Arbeit in den Teilprojekten fand im Rahmen von Präsenzveranstaltungen, Videokonferenzen und elektronischen Umlaufverfahren in Selbstkoordination statt. Für das Projekt wurde unter anderem die Zusammenarbeitsplattform *“NRW connect extern“* genutzt. Die Projektarbeit wurde dokumentiert.

Erörterungen und Abstimmungen mit dem Auftraggeber erfolgten im Rahmen 25 turnusmäßiger (festes Jour Fixe alle zwei Wochen) und anlassbezogener Besprechungen sowie durch schriftlichen Bericht unter enger Einbindung des Polizeipräsidenten von Münster, der das IM NRW in der IMAG „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ vertritt. Das Projekt berichtete der IMAG über den Auftraggeber und war in insgesamt vier Sitzungen der Arbeitsgruppe eingebunden.

Über die NRW-Initiative und das Landesprojekt wurde in Dienstbesprechungen des IM NRW mit den Polizeibehörden informiert. Anlassbezogen erfolgten durch das Projekt Behördenschreiben bzw. Abfragen zur Projektarbeit. Darüber hinaus wurde ein Seitenbereich des Landesprojektes im Intrapol (Bereich Einsatz - Gewalt gegen PVB) eingerichtet. Auf Anfrage informierte das Projekt in Abstimmung mit dem Auftraggeber in einzelnen Gremiensitzungen und beteiligte sich an Fortbildungen.

Die Mittelverausgabung des Projektbudgets erfolgte jeweils über den Auftraggeber (Baransatz von 200.000 €, Titel 54710, Einzelplan 03 zum Haushaltsplan 2021).

4.2 Ziele

Das Projekt verfolgte auf Grundlage des Auftrags folgende erfolgskritische Ziele:

- Eine digitale Netzwerk-Umgebung ist eingerichtet.
- Interessierte Partner aus dem öffentlichen Sektor sind miteinander vernetzt.
- Ein Präventionsleitfaden liegt als Druckwerk und in elektronischer Form vor.
- Das Projekt AMBOSafe wird qualifiziert unterstützt.
- Erkenntnisse aktueller Forschung sind erhoben und bereitgestellt.

Relevante Aspekte in diesem Kontext sollten wie folgt konkretisiert werden:

- Bereitstellung einer Online-Präsenz
 - Die Online-Präsenz soll das Netzwerk samt Partner widerspiegeln und neben Beschäftigten auch Behörden/Behördenleitungen ansprechen, die sich über „best practice“-Ansätze in anderen Institutionen informieren können und ggf. ähnliche Maßnahmen in der eigenen Behörde umsetzen wollen.
 - Ziel ist die Erstellung einer Website zur NRW-Initiative als „Landing Page“. Diese Website enthält Inhalte zur NRW-Initiative sowie Verlinkungen und Verknüpfungen mit Angeboten/Initiativen der Netzwerk-Partner.
 - Informationen können unmittelbar im Download bereitgestellt, ggf. mit Kurzbeschreibung aufgenommen sowie Kontakte veröffentlicht werden.
 - Die Website ist barrierefrei und auch in einer mobilen Ansicht verfügbar.
- Erarbeitung eines Präventionsleitfadens
 - Prägnanter Leitfaden in Papierform, der sich unter Berücksichtigung von Bereichsspezifika an Beschäftigte im öffentlichen Dienst richtet und Hinweise und Empfehlungen enthält, wie mit Angriffen, Gewalt und Beleidigungen umgegangen werden soll. Ebenso sollen Hilfestellungen enthalten sein, an wen man sich wendet, welche Rechte man hat (ggf. auch im Strafverfahren, Entschädigung u.a.).
 - Inhalte zur Prävention (Verhalten, Ausstattung, Kompetenzen o. ä.), Hinweise zu Opferhilfe, Ansprechpartnern, rechtliche Hinweise, ggf. bereits Verweise auf einzelne herausragende Initiativen.
 - Druckwerk in einer ersten Auflage 2021 (Größe der Auflage wird im Projektverlauf erhoben); Bereitstellung als Download.
- Erstellung eines Berichts zum Stand der Forschung.

4.3 Präventionsnetzwerk

Das Präventionsnetzwerk wurde im laufenden Projekt initiiert. Neben den Projekt- und Mitgliedern der IMAG wuchs das Netzwerk nach Teilnahmeaufrufen über die Ressorts bzw. das Projekt an. Mit Unterstützung des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) wurde eine Wort-Bild-Marke entwickelt und soll beim Deutschen Patent- und Markenamt angemeldet werden. Für die Akquise konnten im Teilprojekt Netzwerk/Kommunikation sogenannte Netzwerkkoordinatoren gewonnen werden. Über sie nahm die Projektleitung an verschiedenen Gremiensitzungen und Dienstbesprechungen von Netzwerkpartnern teil. Die Netzwerk-Kommunikation erfolgte über „*NRW connect extern*“.

4.4 Präventionsleitfaden

Die Erstellung des Präventionsleitfadens erfolgte nach Quellenrecherche und Auswertung auf Grundlage vorliegender Leitfäden, Konzeptionen und Unterlagen sowie unter Berücksichtigung von Erkenntnissen aus Forschungsquellen und Erfahrungen von Projektmitgliedern. Angesichts einer Vielzahl unterschiedlicher Berufsgruppen im öffentlichen Dienst wurden für den Leitfaden Zielgruppen tätigkeitsbezogen zusammengefasst. Um passende Informationen schneller zu finden, sind die unterschiedlichen Themen im Leitfaden farblich abgesetzt. Ergänzende Ausführungen zu den Handlungsempfehlungen sind in einem Anlagenband zusammengestellt; dieser ist in der Online-Version des Leitfadens abrufbar. Neben Bildern aus dem Landesbestand wurden durch das IM NRW und das LAFP NRW neue Fotos von Beschäftigten gemacht. Das Leitfaden-Layout im NRW-Design erstellten die Mediendienste des LAFP NRW. Der Druck erfolgt über die Druckerei in der Justizvollzugsanstalt Geldern.

4.5 Internetpräsenz

Mit der Einrichtung der Internetseite wurde IT.NRW beauftragt. Dadurch konnte die Gestaltung im NRW-Design ebenso gewährleistet werden wie erforderliche Konzepte für Datenschutz und Barrierefreiheit. Über das Content-Management-System „Drupal“ sind der technische Betrieb und die Redaktionsarbeit nach Projektende durch eigene Dienststellen ermöglicht. Zur Wahrung der Rechte wurden verschiedene Domainadressen gesichert. Den Aufbau der Internetseite übernahm der Bereich Öffentlichkeitsarbeit des Polizeipräsidiums Köln (Webmaster).

4.6 Forschung

Vor dem Hintergrund der stringenten Projektplanung erfolgte die Erstellung des Präventionsleitfadens parallel zur Forschungsskizze. Entwickelt wurde ein Praxis-Präventionsleitfaden, der eine wissenschaftliche ad-hoc Beratung erfuhr. Um einen übergreifenden Präventionsleitfaden für den öffentlichen Dienst zu entwickeln, empfahl das Forscherteam eine Fokussierung auf Präventionsmöglichkeiten, die ressortübergreifend vergleichbar sind. Während verhaltensorientierte Präventionsansätze aufgrund der unterschiedlichen Berufswirklichkeiten innerhalb des öffentlichen Dienstes kaum vergleichbar sind, erscheinen organisationale, baulich-technische und Aspekte der Interaktion als ressortunabhängige Präventionsfaktoren.

Für den Forschungsbericht wurden aktuelle Studien gesichtet und ausgewertet. Die Auswertung umfasste Metastudien, die sich mit Gewalterfahrungen befassen oder auf Gewalterfahrungen einer vergleichsweise weiten Untersuchungsgruppe (mehrere Berufszugehörigkeiten) fokussieren. Weitere Qualitätskriterien waren ein Mixed Methods-Design sowie eine mehrjährige Studienlaufzeit oder Befragungsdauer.

4.7 Beteiligung AMBOSafe

Als assoziierter Partner des Forschungsprojektes „Angriffe auf Mitarbeiter*innen und Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (AMBOSafe)“ hat die Polizei NRW an zwei Befragungen zur Häufigkeit von Gewaltvorfällen bzw. Unterschieden zwischen kritischen und Situationen mit Angriffen sowie zur Zusammenarbeit in der Bearbeitung entsprechender Vorfälle teilgenommen. An der fachlichen und methodischen Vorbereitung hat das Landesprojekt mitgewirkt. Über die Befragungen wurde in der regelmäßigen Dienstbesprechung des IM NRW mit den Polizeibehörden informiert und in der Folge mit Behördenanschriften die Teilnahme angefragt.

Nach Rückmeldung der Projektleitung AMBOSafe haben rund 500 Beschäftigte an der ersten mehrwöchigen Erhebung teilgenommen. Von den bundesweit rund 4.400 Teilnehmenden der zweiten Befragung, darunter rund 1.800 Polizeiangehörige, gehörten nach Einschätzung des Forschungsprojektes die meisten der Polizei NRW an. Hinzu kamen rund 1.000 Personen (darunter 300 PVB), nachdem das Landesprojekt das im Aufbau befindliche Präventionsnetzwerk zur Teilnahme aufgerufen hatte.

5 ERGEBNISSE

5.1 Allgemeines

Das Landesprojekt hat seine Aufträge gemäß Projektauftrag zum Jahresende 2021 umgesetzt. Der Präventionsleitfaden „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ liegt in einer Auflage von 50.000 Broschüren unter anderem zur Bestellung über den Webshop des IM NRW vor. Die Internetseite www.sicherimdienst.nrw ist erstellt und aufgebaut. Das Präventionsnetzwerk ist eingerichtet und steht unter dem Slogan „#sicherimdienst“. Der Forschungsbericht liegt vor, und die Beteiligung am Forschungsprojekt AMBOSafe ist erfolgt.

Der Präventionsleitfaden, der Forschungsbericht sowie das Präventionsnetzwerk einschließlich der Internetpräsenz stellen aus Sicht des Projekts einen deutlichen Mehrwert für Schutz und Sicherheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst dar. Beschäftigte, Vorgesetzte und Behördenleitungen sind in die Lage versetzt, konkrete Verbesserungen vorzunehmen, sich zu informieren und auszutauschen und Maßnahmen zu übertragen sowie beim Umgang mit Gewaltvorfällen sicher zu reagieren.

Mit dem Präventionsnetzwerk ist bundesweit zum ersten Mal eine ressort- und behördenübergreifende Plattform für den gesamten öffentlichen Dienst geschaffen worden, um die Möglichkeiten der Gewaltprävention zu verbessern. Die Internetpräsenz stellt die öffentliche Wahrnehmung der Maßnahmen der NRW-Initiative „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ sicher.

5.2 Präventionsnetzwerk

Das entstandene Präventionsnetzwerk „#sicherimdienst“ mit Beteiligten verschiedenster Bereiche der Landes- und Kommunalverwaltungen NRW, Sozialversicherungsträgern und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, Verbänden und Berufsvertretungen ist ein starkes Zeichen gegen Gewalt in jeder Form gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Ziel des Netzwerks ist der Austausch von Erfahrungen und best practice-Ansätzen sowie die Zusammenarbeit bei der Gewaltvorsorge gegen Beschäftigte. Stand Februar 2022 sind dem weiter im Aufbau befindlichen Netzwerk über 475 Beteiligte aus 220 Behörden, Organisationen, Einrichtungen und Verbänden beigetreten. Die interne Zusammenarbeit erfolgt über „NRW connect extern“.

5.3 Präventionsleitfaden

Der vorgelegte Leitfaden in Papierform richtet sich unter Berücksichtigung von Bereichsspezifika an Beschäftigte im öffentlichen Dienst und enthält übersichtlich gegliederte Hinweise und Empfehlungen, wie mit Angriffen, Gewalt und Beleidigungen umgegangen werden soll. Er fasst die Zielgruppen „Funktionen im Innendienst mit Publikumsverkehr“, „Operativ- und Eingreifkräfte“, „Dienstleistende“, „Mandats- und besondere Amtsträger“ sowie „Lehr- und pädagogische Fachkräfte“ tätigkeitsbezogen zusammen. Dabei unterscheidet der Leitfaden nach Vorsorge, Handling und Nachsorge in den Handlungsfeldern baulich-technische, organisatorische und personenbezogene Maßnahmen. Es sind unter anderem prägnante Hilfestellungen vorhanden in Bezug auf Ansprechpartner/innen und bestehende Rechtsgrundlagen für Betroffene (z.B. im Strafverfahren, Entschädigungsansprüche) sowie bereits erste Verweise auf einzelne herausragende Initiativen. Daneben formuliert der Leitfaden klare Erwartungen zu Führungsverantwortung sowie Arbeitgeberpflichten.

5.4 Internetpräsenz

Die erstellte Internetpräsenz stellt eine Form der Informationsgewinnung für alle Beschäftigten, Vorgesetzten und Behördenleitungen im öffentlichen Dienst sicher. Grundsätzliche Informationen zu Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, weitergehende frei zugängliche behördenspezifische Informationen und Kontakte im Rahmen des Netzwerks werden auf der Internetpräsenz abrufbar dargestellt. Die Internetpräsenz dient dabei nicht zuletzt der öffentlichen Wahrnehmung des Themas als auch des ressortübergreifenden Netzwerkes selbst. Mit der Erstellung der Internetpräsenz ist auch die digitale Bereitstellung des Leitfadens „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ gewährleistet. Auf der Seite sind der Leitfaden sowie ergänzende Handlungsempfehlungen in elektronischer barrierefreier Form eingestellt. Des Weiteren sind die besonderen inhaltlichen Bedarfe der unterschiedlichen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes tiefergehend dargestellt. Über die Internetpräsenz findet Informations- und Wissensaustausch in Form der Bereitstellung von Konzepten, Kampagnen und Kontakten aller Netzwerkpartner statt. Mit der Domain www.sicherimdienst.nrw sind die Adressen www.sicherimdienst.de, www.sicher-im-dienst.nrw und www.sicher-im-dienst.de verknüpft.

5.5 Forschungsbericht

Der Forschungsbericht zielt insbesondere darauf ab, Trends einschlägiger Gewaltpräventionsprojekte zu beleuchten, um Präventionsansätze auf eine breitere empirische Basis zu stellen.

Mit der Fokussierung berufsübergreifender Handlungsfelder (Organisation, Interaktion sowie bauliche und technische Infrastruktur) lassen sich mögliche Ursachen für Frustration, Stress und Gewalt erfassen und eine Grundlage für eine wirksame und moderne Gewaltprävention bilden. Beispielsweise sind die mangelnde Aufarbeitung von Übergriffen durch Führungskräfte, schlecht einsehbare und Übergriffe begünstigende Arbeitsumgebungen oder auch die Annahme, dass sich Respekt und Gehorsam schon aus der Amtsautorität begründen müssten, ressortunabhängige Befunde für die Prävention von Übergriffen.

Häufig fehlt es in Behörden und Branchen des öffentlichen Dienstes bereits an Meldewesen und Dokumentation von Gewaltvorfällen, die Aufschluss über das tatsächliche Ausmaß von Übergriffen zum Nachteil ihrer Beschäftigten geben.

Zentrales Ergebnis des Forschungsberichts ist, dass der Interaktionsablauf zwischen den betroffenen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und den beteiligten Kunden/Bürgern maßgeblich ist für einen Übergriff oder das Ausbleiben. Die Studienauswertung ergab, dass Angriffe wie „aus dem Nichts“ so gut wie gar nicht existieren. Hier kann ggf. die laufende AMBOSafe-Untersuchung neue Erkenntnisse liefern.

Festzustellen bleibt, dass die Studien nur bedingt miteinander vergleichbar waren. Beispielsweise definieren Studien den Gewaltbegriff unterschiedlich, erheben Ursachen von Übergriffen unterschiedlich u.v.m.

5.6 Beteiligung AMBOSafe

AMBOSafe wird erst im August 2022 abgeschlossen sein. Von daher liegen - wie angenommen - keine Ergebnisse der Untersuchungen vor. Gleichwohl haben die Projektverantwortlichen angeboten, erste Ergebnisse bezogen auf die Polizei NRW im Rahmen einer Vorab-Präsentation vorzustellen.

6 SACHSTAND

Die Projektergebnisse sind dem Auftraggeber gemäß Meilensteinplanung Ende 2021 vorgelegt und in der Folge mit der IMAG abgestimmt worden. In einer internen Präsentationsveranstaltung im IM NRW unter Beteiligung des Ministers des Innern hat das Projekt die Ergebnisse am 17.12.2021 vorgestellt.

Das Landeskabinett hat am 13.01.2022 die Kabinettvorlage des IM NRW zu den Ergebnissen zur Kenntnis genommen und den Minister des Innern unter Einbeziehung der IMAG mit der Vorstellung des Präventionsnetzwerks sowie des Präventionsleitfadens im Rahmen einer abgestimmten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beauftragt. Zudem wurde beschlossen, den Leitfaden und das Netzwerk unter wissenschaftlicher Begleitung zunächst bis 31.12.2024 fortzuschreiben bzw. auszubauen. Die für den Betrieb der Internetpräsenz und die Fortschreibung des Leitfadens erforderlichen Personal- und Sachmittel werden aus bereiten Mitteln zur Verfügung gestellt.

Gemeinsam mit dem Minister des Innern hat das Projekt den Präventionsleitfaden und das Netzwerk „#sicherimdienst“ am 24.01.2022 in einem Medientermin vorgestellt und in diesem Rahmen die Internetseite www.sicherimdienst.nrw freigeschaltet. Nach der öffentlichen Aufnahme des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe ins Netzwerk am 04.02.2022 gibt es weitere Kontakte und bereits konkrete Überlegungen. Die Online-Auftaktsitzung des Präventionsnetzwerks fand am 10.02.2022 mit 225 Teilnehmenden statt. Die Partner wurden informiert, und es wurde die Netzwerkarbeit thematisiert. Zur weiteren Vorstellung des Netzwerks ist ein digitales Poster erstellt.

Mit Erlass vom 28.01.2022 hat das IM NRW der Einrichtung einer Koordinierungsgruppe des Präventionsnetzwerks mit hauptamtlicher Geschäftsstelle beim Polizeipräsidium Münster zugestimmt. Hierfür wurde eine auf zwei Jahre befristete Stelle für Regierungsbeschäftigte im Polizeidienst (RBP) zugewiesen, zudem werden zwei Beamte für sechs Monate abgeordnet. Die Aufgaben der Geschäftsstelle sind beschrieben, die RBP-Stelle ist ausgeschrieben, und die Abordnungen sind in Abstimmung.

Zur Beteiligung der Polizei NRW im Rahmen des AMBOSafe-Forschungsprojekts fand am 17.02.2022 eine Vorab-Präsentation von Befragungsergebnissen statt.

7 WEITERES VORGEHEN

Folgendes weiteres Vorgehen zur NRW-Initiative „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ und der Koordinierungsgruppe des Präventionsnetzwerks „*#sicherimdienst*“ ist mit dem Auftraggeber abgestimmt:

- Weiteres Bekanntmachen des entstandenen Netzwerks und des Präventionsleitfadens im Rahmen einer Öffentlichkeitskampagne „*#sicherimdienst*“, um einen Zugang für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, Behördenleitungen und Dritte - auch als weitere Netzwerkpartner - zu gewährleisten (Priorität)
- Ausbau und Koordinieren des Präventionsnetzwerks
- Fortschreiben der Seite www.sicherimdienst.nrw im Hinblick auf Barrierefreiheit
- Erarbeiten von Maßnahmenkennzahlen zur Arbeit der Koordinierungsgruppe als Grundlage für ein Berichtswesen; Erforderlichkeit einer Geschäftsordnung prüfen
- Fortführen der NRW-Initiative
- Planen und Durchführen einer Projektabschlussveranstaltung in Präsenz nach Aufhebung der stringenten Kontaktbeschränkungen zur Pandemievorsorge.

Das Landesprojekt regt darüber hinaus folgendes weiteres Vorgehen an:

- Vorstellung der Projektergebnisse in Dienstbesprechungen der Ressorts und mit nachgeordneten Bereichen
- Vorstellung der Projektergebnisse in parlamentarischen und Gremiensitzungen auf Ressortebene und mit Verbänden u. a.
- Prüfen einer Bund-Länder-Initiative „*#sicherimdienst*“
- Prüfen einer Zusammenführung der Kampagnen „*#sicherimdienst*“ und „NRW zeigt Respekt“.

8 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die Projektarbeit hat eine Vielzahl inhaltlich-fachlicher Handlungsempfehlungen ergeben, die im Präventionsleitfaden bzw. im Forschungsbericht dokumentiert sind. Diese betreffen neben baulich-technischen, organisatorischen und personenbezogenen Aspekten der Vorsorge, des Handlings von Gewaltvorfällen sowie der Nachsorge allgemeine Aspekte wie Meldung, Dokumentation und Auswertung entsprechender Sachverhalte sowie die weitere Untersuchung der sogenannten Eskalationsspirale.

Darüber hinaus wurden durch das Projekt folgende allgemeine Aspekte identifiziert:

- Die weitere Verzahnung bestehender Aktivitäten im Rahmen der NRW-Initiative erscheint erfolgskritisch. Hier sollten sowohl interne als auch nach außen gerichtete Maßnahmen berücksichtigt werden.
- Die Wirksamkeit der NRW-Initiative ist abhängig von der Maßnahmenumsetzung insbesondere des Präventionsleitfadens. Für den Ausbau des Netzwerks könnten ggf. eigene Zertifizierungen (z. B. „Präventionsplakette“) nach Umsetzung konkreter Maßnahmen hilfreich sein. Weitere denkbare Ansätze sind die Regelung dienstbereichsbezogener Standards sowie Audits in eigener Verantwortung.
- Im Kontext des Präventionsleitfadens sollten Evaluationen geprüft werden und die Fortschreibung auf eine empirische Basis gestellt werden.
- Erkenntnisinteresse durch die wissenschaftliche Begleitung der Leitfaden-Fortschreibung sollte in gesonderten Forschungsaufträgen untersucht werden.
- Zum Umsetzungsstand der NRW-Initiative sollten jährlich Berichte erstellt werden.

Zudem wurden folgende allgemeine Handlungsempfehlungen identifiziert:

- Die Organisationsstruktur zur Umsetzung der NRW-Initiative mit einer IMAG als Lenkungsgremium und einem übergreifenden Projekt erscheint übertragbar auf weitere Aufgaben der Landesverwaltung. Als hilfreich und erfolgskritisch hat sich die Koordinierung beider Gremien „aus einer Hand“ erwiesen (Referat 412 IM).
- „*NRW connect extern*“ ist ein hilfreiches Verfahren für digitale Zusammenarbeit der Landesverwaltung mit Externen. Die Plattform sollte verstärkt bekannt gemacht, das Handling vereinfacht und die Administration vereinheitlicht werden.
- Die Beteiligung an bestehenden Forschungsprojekten könnte auch in anderem Kontext ggf. Alternative zu gesonderten wissenschaftlichen Untersuchungen sein.

9 ANLAGEN

- Anlage 1 Einrichtungserlass
- Anlage 2 Projektauftrag
- Anlage 3 Genehmigungserlass
- Anlage 4 Projektstruktur
- Anlage 5 Übersicht Projektmitglieder
- Anlage 6 Einladungen, Programme, Präsentationen Projektveranstaltungen
- Anlage 7 Aufrufe Präventionsnetzwerk
- Anlage 8 Übersicht Präventionsnetzwerk
- Anlage 9 Einladung und Programm Netzwerkauftaktveranstaltung
- Anlage 10 Präventionsleitfaden
- Anlage 11 Handlungsempfehlungen Präventionsleitfaden
- Anlage 12 Präsentation Internetseite
- Anlage 13 Forschungsbericht
- Anlage 14 Berichte zur Beteiligung AMBOSafe
- Anlage 15 Kabinetttvorlage 18.01.2022
- Anlage 16 Einrichtungserlass Koordinierungsgruppe